

Die Approvisionierung Wiens.

Die Frage der Lebensmittelversorgung.

In der letzten Sitzung der Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission wurde die Beratung über die prinzipielle Stellungnahme zur Frage der Höchstpreise für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel fortgesetzt. Zu Beginn der Sitzung wies Gemeinderat Dr. Klobberg darauf hin, daß ein Großhändler in Bulgarien sich erbötig mache, innerhalb 4 bis 6 Wochen 30.000 Rinder, rund 100.000 Schweine und 30.000 Waggons Schafwolle zu liefern. Er fragt, ob das Präsidium der Handelspolitischen Kommission alle Vorkehrungen treffen wolle, daß diese Quantitäten nach Oesterreich kommen und ein eventueller Widerstand der ungarischen Regierung gegen die Einfuhr der Rinder überwunden werde.

Vorsitzender Vizebürgermeister Hof erwidert, er werde über diese Angelegenheit eingehende Erkundigungen einholen, und es werde sicherlich getrachtet werden, diese Waren, wenn irgend möglich, nach Oesterreich zu bringen.

Herr Mebäl erklärt namens der Butterhändler, daß diese mit der Festsetzung von Höchstpreisen selbstverständlich einverstanden sind. Er wünscht eine bessere Organisation für den Einkauf der ausländischen Butter und ersucht, daß auf die Existenz jener Zwischenhändler, welche bisher auf diesem Gebiete sich betätigt und bewährt haben, Rücksicht genommen werde.

Gemeinderat Dr. Hein spricht sich ebenfalls gegen die Ausschaltung der Zwischenhändler aus, da der Handel oft Wege findet, welche einer größeren Einkaufsgesellschaft verschlossen sind.

Herr Hofbauer spricht sich gegen die Festsetzung von Höchstpreisen für Fische aus, insbesondere für Nordseefische, da diese im Lizitationswege abgegeben werden.

Kais. Rat Mareš spricht sich gegen die Festsetzung von Höchstpreisen für Del aus.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Ungerechtfertigte Ansammlung von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes“ bemerkt der Referent Kammersekretär Dr. Ziegler: Die Preissteigerungen veranlassen wiederholt spekulative Köpfe, Waren in größeren Mengen anzusammeln, vorläufig dem Verkehr zu entziehen, um im gegebenen Zeitpunkte aus der Preissteigerung einen ungerechtfertigten Gewinn zu erzielen. Die Festsetzung von Höchstpreisen wird in manchen Fällen ein wirksames Mittel gegen derartige Anhäufungen sein. Radikaler wird jedoch die Möglichkeit wirken, derartig angesammelte Waren jederzeit wegnehmen und dem Konsum zuführen zu können, wozu wieder notwendig ist, daß jener staatliche Faktor, welcher diese Requisitionen durchführt, Kenntnis von der Ansammlung erhält. Strafbar sind ja derartige Ansammlungen schon heute, nur wäre Gewicht darauf zu legen, daß nicht nur Geldstrafen, sondern auch Arreststrafen angewendet werden sollen.

Gemeinderat Dr. Stich fordert die Einführung eines Anholzwanges für jene Gegenstände, welche für den Lebensunterhalt unumgänglich notwendig sind. Kommerzialrat Gemeinderat Partil und Kammerat Vinzl weisen darauf hin, daß für Verheimlichung von Borräten strenge Strafen bestehen. In Wien werden übrigens allmonatlich zweimal die Lagerbestände der Großkaufleute kontrolliert.

Herr Raff gibt die Anregung, es mögen Zwangsgenossenschaften auf dem flachen Lande gebildet werden, welche zu verpflichteten wären, landwirtschaftliche Artikel auf den Markt zu bringen.

Der Vorsitzende fasste das Ergebnis der Beratung zusammen: Für gewisse Artikel (Vieh, Fleisch, Fett, Milch, Butter, Eier) ist die Festsetzung von Höchstpreisen von Vorteil. Sie sind nicht auf bestimmte Artikel zu beschränken, sie müssen auch alle verwandten und Surrogatartikel erfassen. Die Festsetzung von Höchstpreisen muß mit einer Requisitionsmöglichkeit durch bestimmte öffentliche Stellen verbunden werden. Die Höchstpreise sind für beide Ländergebiete möglichst gleichzeitig und einheitlich, den Bedürfnissen Oesterreichs entsprechend, durchzuführen. Weiter seien gewisse Grundsätze für die Organisation des Einkaufes von Lebensmitteln im Auslande aufzustellen. Besondere Maßnahmen zur Vermeidung großer Ansammlungen von Lebensmitteln zu Spekulationszwecken seien nicht angezeigt, da ohnehin die großen Lagerhäuser und die anderen größeren Aufbewahrungsorte von den Behörden regelmäßig kontrolliert werden und vermieden werden müsse, die Kaufmannschaft mit komplizierten Mehrarbeiten zu belasten. In diesem Sinne werde eine Eingabe an die Regierung gerichtet werden.